Nr. 602. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 23. Dezember 1892.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Deutschland.

Berlin, 23 Dezember. Der Reichstag wird sich alsbald nach Wiederbeginn seiner Sitzungen mit einer sozialdemokratischen Interpellation über die zur Abwehr des herrschenden Nothstandes beabsichtigten Maßnahmen zu beschäftigen haben. Die „Nationallib. Korr." bemerkt dazu:

Gegenüber einer ganzen Reihe von Stadtverwaltungen ist bereits die Forderung erhoben worden, öffentliche Arbeiten, die für die nächste Zukunft beabsichtigt waren, ungesäumt in Angriff zu nehmen und vielfach hat diese Forderung auch, soweit es möglich war, Berücksichtigung gefunden Auch das Reich und die Bundesstaaten haben mancherlei öffentliche Arbeiten zu vergeben, deren Ausführung zur Milderung der vielfach herrschenden Arbeitslosigkeit beschleunigt werden kann. Ohne Zweifel wird in dieser Beziehung von allen betheiligten Stellen Rücksicht und Entgegenkommen so viel wie irgend möglich bewiesen werden. Es muß aber auch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß das gegenwärtige Darniederliegen unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, der Druck auf dem ganzen nationalen Erwerbsleben zum großen Theil Schuld der Arbeiter selbst ist, welche nicht einsehen wollen, daß ihre Interessen mit denen der „Arbeitgeber" eng verbunden sind. Die beständigen Kämpfe, welche die Industrie mit den Arbeitern zu führen hat, die daraus entspringende Unsicherheit aller wirthschaftlichen Verhältnisse, die wachsenden Schwierigkeiten des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt haben nicht wenig zu dem Darniederliegen unserer gesammten Erwerbsthätigkeit beigetragen. Nimmt das Geschäft wieder einmal einen Aufschwung, so kann man sicher sein, daß alsbald Lohnstreitigkeiten und Arbeitseinstellungen störend dazwischen treten und die Nutzbarmachung einer günstigeren Lage verhindern. Die Folgen sind dann nothwendig wieder Einschränkungen der Produktion, Entlassungen von Arbeitern, Nothstand. Unter den eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit darf darum auch die sozialdemokratische Agitation nicht vergessen werden, welche ersprießliche Verhältnisse in der industriellen Arbeiterwelt gar nicht mehr aufkommen läßt und damit die Grundlagen zerstört, auf denen die Wohlfahrt der Arbeiter selbst beruht

— Im Neuen Palais scheint gestern eine wichtige militärische Berathung stattgefunden zu haben. Wie der „Reichsanz." meldet, nahm der Kaiser gestern Mittag die Vorträge des Generals der Artillerie Sallbach, des Generallieutenants Golz, des Kriegsministers, Generals der Infanterie von Kaltenborn-Stachau und des Chefs des Militärkabinets, Generals der Infanterie von Hahnke entgegen.

— Herr v. Minnigerode erklärt es in der „Kreuzztg." für „selbstverständlich", daß er nicht das Mitglied des konservativen Parteitags sei, das in einem Schreiben an die Redaktion der „Staatsb.-Ztg." die Einladung zu einer Versammlung der Deutschsozialen „in sehr starken Ausdrücken" (der Antisemitismus wurde als Krebsschaden bezeichnet) abgelehnt habe. Daß Herr v. Rauchhaupt sich mündlich in derselben Weise über den Parteitag geäußert, bestreitet die „Kreuzztg." ebenfalls; von Herrn v. Rauchhaupt liege eine schriftliche Aeußerung über den Parteitag in entgegengesetztem Sinne vor.

— Die „Nat.-lib. Korresp." schreibt: In der freisinnigen Presse, namentlich dem Blatt des Herrn Richter, wird Tag für Tag die nahe Auflösung des Reichstags in sichere Aussicht gestellt. Es kann ja sein, daß dies zutrifft, obwohl man daran noch begründete Zweifel wird hegen dürfen. Offenbar setzt man in freisinnigen Kreisen ganz überschwängliche Hoffnungen auf Neuwahlen unter dem Zeichen der Militärreorganisation. Worauf man diese eigentlich gründ t, ist uns nicht recht ersichtlich. Die Ersatzwahlen, die in jüngster Zeit schon unter der Einwirkung der Militärvorlage stattgefunden, z. B. die in Löwenberg und Arnswalde, haben den Freisinnigen bittere Enttäuschungen bereitet. Es ist anzuerkennen, daß für die Militärvorlage aus dem Volke heraus nirgends zustimmende Kundgebungen größeren Umfangs sich erhoben haben. Die doch unleugbar für zahllose Dienstpflichtige höchst werthvolle persönliche Erleichterung durch eine gesicherte zweijährige Dienstzeit, die alte, stets mit höchstem Nachdruck vertretene Forderung jedes liberalen, namentlich fortschrittlichen Programms, ist platt ins Wasser gefallen, von den Freisinnigen selbst auf einmal höchst geringschätzig behandelt, von den Befürwortern der Militärreform nicht mit genügendem Nachdruck und Geschick betont. Ein einziger Pfennig auf Bier oder Branntwein hat die Gemüther mehr in Erregung gesetzt, als die Erleichterung in persönlichen Heereslasten und der Grundsatz der Gerechtigkeit in der Vertheilung derselben Verständniß und Beifall gefunden hat. Aber anderseits: Was hat die seit Wochen geschürte Agitation gegen die Militärvorlage schließlich für Erfolge aufzuweisen? Mühsam kamen die üblichen sozialdemokratischen und freisinnigen Wählerversammlungen zu Stande, in denen das ganz eintönige, von Berlin aus angeordnete Lied gepfiffen und die bis zum Ueberdruß gehörte Resolution beschlossen wurde. Andächtig lauschten ultramontane Versammlungen den stets von Neuem abgegebenen Versicherungen, daß man etwas Bestimmtes heute noch nicht sagen könne. Von einer tieferen ursprünglichen und naturwüchsigen Bewegung war da auch nichts zu merken. Das Volk steht dieser Frage kühler gegenüber, als die politischen Macher glauben. Wir sind darum auch heute noch der Meinung, der Boden im Volk und seiner Vertretung für eine Verständigung sei vorhanden und es sei unverantwortlich von den Lenkern unseres Reiches, eine folgenschwere Krisis heraufzubeschwören, zu der eine zwingende Nothwendigkeit nicht gegeben ist.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt einen ersichtlich offiziösen Artikel über die Militärvorlage, der im Wesentlichen wie folgt lautet:

Neuerlich ist wiederholt ausgesprochen worden, man wolle gewähren, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit nothwendig wäre, aber nur innerhalb der bisherigen Präsenzstärke. Man übersieht dabei, daß Durchführung der zweijährigen Dienstzeit und Beibehalt der bisherigen Präsenzstärke Forderungen sind, die sich gegenseitig ausschließen (?) und daß die Frage nach der Dauer der Dienstzeit bei der Fahne nur von sekundärem Werth, die entscheidende Frage vielmehr die ist: wie weit kann die deutsche Wehrkraft unter erweiterter Anwendung des in der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht gekräftigt werden? Nur weil die Verstärkung und Verjüngung unseres Kriegsheeres unter Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit nicht erreichbar sein würde, haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, die Verkürzung auf zwei Jahre vorzuschlagen, aber auch das nur unter Bedingungen, von denen die Erhöhung der Etats und die Vermehrung der Kadres bei denjenigen Truppen, deren Dienstzeit herabgesetzt werden soll, die wesentlichsten sind. Diejenige Vermehrung unseres Beurlaubtenstandes, die aus dem Fortfall der bei den Fußtruppen zur Zeit noch im dritten Jahr dienenden etwa 34,000 Mann und aus der dadurch bedingten Mehreinstellung von jährlich 17,000 Rekruten von selbst folgt, würde für die Militärverwaltung niemals ein hinreichendes Motiv gewesen sein, die Dienstzeit zu verkürzen. Es wäre, wenn sie das für zulässig hielte, ja auch gar nicht nöthig gewesen, den gesetzgeberischen Apparat in Bewegung zu setzen. Die Herabsetzung der Dienstzeit und die Mehreinstellung von Rekruten könnte im Verwaltungswege erfolgen, und die daraus unmittelbar resultirenden Mehrkosten würden sich spätestens bei Ablauf des Septennats ohne Weiteres haben fordern (!) lassen.

Der gegenwärtige Zustand ist militärisch auf die Dauer kaum haltbar. Aber ein Ausweg könnte ebensowohl nach der Richtung der Wiederherstellung der vollen dreijährigen, als nach der Annahme der zweijährigen Dienstzeit gefunden werden. Erkennt die Militärverwaltung, daß man in der Vermehrung der Zahl der Dispositions-Urlauber schon jetzt zu weit gegangen ist, warum sollte man den Weg nicht zurückmachen können? Man würde dabei die Kriegsstärke verringern und die aus der unvermeidlichen Ungleichheit und Ungerechtigkeit des jetzigen Verfahrens hervorgehenden Mißstände zum großen Theil beibehalten, sich noch mehr von dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht lossagen müssen, aber weder gesetzlich noch militärisch stände dem die mindeste Schwierigkeit entgegen. Diejenigen, welche in dem Kampf der Qualität gegen die Quantität — ein Streit, der an sich so müßig ist, weil diese Begriffe nur relativen Werth haben — die Qualität des Friedensstandes betonen, würden damit zufrieden sein.

Die verbündeten Regierungen haben die Militärvorlage aber eingebracht, weil sie nicht glauben, unserer äußeren Lage gegenüber die Verantwortlichkeit für die Fortdauer des gegenwärtigen im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse bei unseren Nachbarn ungenügenden Zustandes unseres Heerwesens tragen zu können. Würde ihnen diese Verantwortung durch Ablehnung der Vorlage abgenommen, würde mithin die Armee nicht so verstärkt, daß sie den Ansprüchen gewachsen wäre, welche die Nation an die Machtstellung Deutschlands bisher gestellt hat und, wie wir glauben und hoffen, auch weiter stellen wird, so stünde militärisch der Rückkehr zur „kleineren aber besseren" Armee schwerlich etwas im Wege. Daß dann im Kriegsfalle die älteren Jahresklassen noch mehr als bisher vorneweg herangezogen werden müßten, und immer mehr junge Kräfte zunächst zu Hause blieben, um erst später unvollkommen vorgebildet an den Feind gebracht zu werden, würde vom Standpunkt der Regierung tief zu beklagen sein, vom Standpunkt Derjenigen aber, welche die Vorlage abzulehnen geneigt sind, weil sie — und das dürfte doch das einzige (?) durchschlagende Motiv gegen den Grundgedanken des Gesetzentwurfs sein — an die Gefahr eines ernsten Krieges in absehbarer Zeit überhaupt nicht glauben wollen (?), unschwer in Konsequenz dieses Gedankens hingenommen werden können.

Erscheint mithin den verbündeten Regierungen eine Annahme der zweijährigen Dienstzeit ohne gleichzeitige Etatserhöhungen und Kadre-Vermehrungen ausgeschlossen, so gilt das ebenso von dem bisher nur vereinzelt aufgetretenen Gedanken, etwa die Spezialwaffen, auch die Feldartillerie, zu vermehren, die Infanterie aber ohne Kompensation mit der zweijährigen Dienstzeit zu bedenken. Der Zukunftskrieg wird an alle Waffen höhere Anforderungen stellen als die Vergangenheit; bei keiner aber werden die zersetzenden Einflüsse des Gefechtes sich so geltend machen, wie bei der Infanterie. Das richtige Verhältniß der Stärke der einzelnen Waffen zu einander für künftige Kriege zu finden, ist eine auch für den Fachmann sehr schwierige Aufgabe, nach wie vor aber wird dabei die Zahl und der Werth der Infanterie als Basis genommen und danach die Stärke der übrigen Waffen normirt werden müssen. Die Organisation einer Armee bildet, wenn sie gut ist, ein in sich abgeschlossenes Ganzes, dessen einzelne Glieder nicht willkürlich gestaltet werden können. Daraus folgt weiter, daß der Gedanken, die Reform abschnittsweise zu behandeln, abgesehen von dem Bedenken bezüglich des Zeitverlustes, unausführbar wird, weil man nicht jetzt den ersten Schritt thun und die folgenden einer unsicheren Zukunft anheimstellen kann. Ueberdies scheint auch der Umstand oft übersehen zu werden, daß das Septennat am 31. März 1894 abläuft und daß vor diesem Termin Klarheit über die weitere Gestaltung unseres Heerwesens geschaffen werden muß. Wie dem aber auch sei, so lange die politischen Verhältnisse Europas sich nicht wesentlich ändern, kann und wird die Forderung nach einer Erhöhung der Wehrkraft Deutschlands nicht von der Tagesordnung verschwinden. Kein zur Leitung unserer auswärtigen Politik berufener Staatsmann, kein mit der Organisation unseres Kriegsheeres betrauter Offizier wird die Verantwortlichkeit für die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes übernehmen wollen und können. Gewiß nicht leichten Herzens haben die verbündeten Regierungen sich zu den erhöhten Forderungen für das Heer entschlossen; nur die Ueberzeugung davon, daß unsere eigene Wehrkraft seit 1871 sich nicht in dem Maße gehoben hat, wie die unseres östlichen und westlichen Nachbarn, und daß wir in dem künftigen Kriege schwierigen Verhältnissen mit relativ geringeren Kräften gegenüberstehen werden, als je zuvor, hat ihre in den Grenzen des Durchführbaren gehaltenen Entschließungen geleitet. Das, was bisher hiergegen vorgebracht ist, dürfte nicht geeignet sein, sie umzustimmen.

— Wie das deutsche Antisklaverei-Komitee mittheilt, ist der Kompagnieführer in der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Langheld, der à la suite der Schutztruppe gestellt und in die Dienste des genannten Komitees getreten ist, von diesem zum bevollmächtigten Vertreter am Viktoria-Nyanza bestellt worden, um eine einheitliche Leitung aller im letzten Jahre in das Seengebiet entsendeten Expeditionen herbeizuführen. Graf Schweinitz dürfte nach den eingesandten Berichten in Folge der in den Kämpfen bei Tabora im Juni d. J. erhaltenen Verwundung leider voraussichtlich zur baldigen Rückkehr nach Europa gezwungen sein, und auch der andere ältere Angestellte des Antisklaverei-Komitees, Lieutenant der Reserve Ludwig Meyer, wünscht ebenfalls seine Rückkehr nach Europa im Mai nächsten Jahres aus Gesundheitsrücksichten. Lieutenant Langheld verläßt Europa mit dem am 21. d. M. von Neapel segelnden deutschen Dampfer „Bundesrath", um sich direkt nach Bagamoyo zu begeben, wo dessen Ankunft laut Fahrplan am 11. Januar nächsten Jahren zu erwarten steht. Noch vor Ende des Monats Januar gedenkt Lieutenant Langheld von der ostafrikanischen Küste aufzubrechen und in Eilmärschen nach dem Viktoria-Nyanza, dem Feld seiner mehrjährigen, erfolgreichen und nun wieder neu zugewiesenen Thätigkeit, abzumarschiren. Die Expedition wird voraussichtlich vier Europäer und 150 Mann Träger stark sein. Ein 3,7 Zentimeter Krupp'sches Geschütz, einige abessinische Brunnen und Erdbohrzeug dazu werden zum späteren Stationsgebrauch ebenfalls mitgeführt. Da die einrädrigen Schubkarren sich bei der Expedition Gemmer bereits bewährt, auch die Eingeborenen sich bald an den Gebrauch derselben gewöhnt haben, wird Lieutenant Langheld ebenfalls eine Anzahl dieser Karren zum Gebrauch auf dem Marsche mitnehmen. Da der den Hülfsexpeditionen mitgegebene Arzt zur Küste zurückgekehrt und aus dem Dienst des Antisklaverei-Komitees getreten ist, ist als Ersatz der Assistenzarzt im Füsilier-Regiment Generalfeldmarschall Prinz Albrecht Nr. 73 Dr. Langheld, ein Bruder des Kompagnieführers, sowie ein vom Kriegsministerium überlassener Lazarethgehülfe der Langheldschen Expedition beigegeben worden. Außerdem wird die Expedition als Freiwilliger, d. i. ohne Gehalt, der Kaufmann Fritz Langheld, ein älterer Bruder des Kompagnieführers, begleiten.

— Der Streit über Löwe und Krupp geht in den Blättern weiter und wird mit steigender Heftigkeit geführt. Die „Berliner Politischen Nachrichten" waren bekanntlich der Essener Firma zu Hülfe gekommen, indem sie behaupteten, der mehr erwähnte Brief Krupp's an den Kaiser Napoleon datire aus dem Jahre 1858, wo ein solcher Brief in der That ganz unverfänglich erscheinen mußte. Demgegenüber hält die „Voss. Ztg." daran fest, daß der Brief von 1868 datirt sei. Die „Berl. Pol. Nachr." dagegen betonen nochmals, die Datirung des Briefes in dem Buche „L'Allemagne aux Tuilleries", welches das Jahr 1868 angiebt, sei eine falsche, ob absichtlich oder durch einen Druckfehler, lasse man dahingestellt. Diese Thatsache, heißt es weiter, „wurde bereits 1873 in der Nr. 202 der „Kölnischen Zeitung" vom 23. Juli festgestellt. Zur Vorgeschichte des Briefes können wir auf Grund des uns vorliegenden Materials noch mittheilen, daß Kaiser Napoleon kurz vorher Herrn Krupp durch den damaligen Minister Fould hatte schreiben lassen und den Artillerie-General Morin an Herrn Krupp nach Essen entsandt hatte mit dem wiederholten Auftrage, ihn zur Errichtung einer Gußstahlfabrik in Frankreich zu vermögen, für welchen Fall der Kaiser Herrn Krupp die Gewährung aller nur möglichen Erleichterungen versprach. Herr Krupp verhielt sich diesen Vorschlägen und Versprechungen gegenüber ablehnend."

— Dem Bundesrath ist ein Antrag von Würtemberg und Baden zugegangen, welcher sich auf die Beschäftigung der Arbeiterinnen über 16 Jahre in den Edelmetallwaaren-Fabriken und den dazu gehörigen Hülfsgeschäften bezieht. Die jetzige Lage der Verhältnisse läßt Ausnahme-Vorschriften gegenüber den Bestimmungen der Gewerbeordnung dringend wünschenswerth erscheinen, wenn nicht die in Betracht kommende Industrie erhebliche Einbuße erleiden soll. Betheiligt an den zu erlassenden Vorschriften sind in Würtemberg nach angestellten Erhebungen zusammen an verschiedenen Plätzen 83 Fabriken mit 5262 Arbeitern, darunter 1022 weibliche über 16 Jahre, in Gmünd allein 66 Fabriken mit 2600 Arbeitern, darunter 538 erwachsene weibliche. Im badischen Bezirk Pforzheim kommen 575 Betriebe in Betracht mit 12,200 Arbeitern, darunter 3100 weibliche über 16 Jahre. Beantragt wird der Erlaß einer Verordnung, wodurch in den gedachten Fabriken bei außergewöhnlicher Häufung der Arbeit, die Arbeiterinnen über 16 Jahre vom 15. März bis 15. Oktober bis 9 Uhr, vom 16. Oktober bis 14. März bis 10 Uhr Abends und im ganzen Jahre an Vorabenden der Sonn- und Festtage bis 7 Uhr Abends beschäftigt werden dürfen. Die Arbeitszeit darf 13 und an Vorabenden von Sonn- und Festtagen 10 Stunden nicht überschreiten. Die Ueberarbeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre darf nicht an mehr als 80 Tagen im Jahre stattfinden. Dann folgt eine Reihe von Anordnungen über die Regelung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahren und deren Kontrollirung durch die zustehende Verwaltungsbehörde. Diese Bestimmungen sollen nur auf solche Fabriken angewandt werden, bei denen die untere Verwaltungsbehörde den regelmäßigen, zu gewissen Zeiten des Jahres erfolgenden Eintritt eines vermehrten Arbeitsbedürfnisses anerkennt. Die Bestimmungen sollen auf 5 Jahre Gültigkeit haben.

Sprottau, 22. Dezember. Der heute hier versammelte Kreistag, zu welchem auch der Bruder der Kaiserin, Herzog Günther, erschienen war, wählte einstimmig den bisherigen Landrathsamtsverwalter v. Klitzing zum Landrath.

Magdeburg, 22. Dezember. Die Stadtverordneten bewilligten 50,000 Mark zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Frankfurt a. M., 22. Dezember. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Mülhausen i. E., der Sozialistenführer Büb und der Redakteur der elsaß-lothringischen Volkszeitung wurden verhaftet, ersterer wegen seiner in Basel gehaltenen Rede, in welcher er die staatlichen Einrichtungen verächtlich gemacht hatte, letzterer, weil er dieselbe abgedruckt hatte.

Hamburg, 22. Dezember. Die brasilianische Regierung erklärte neuerdings den Hamburger Hafen für angesteckt, die übrigen deutschen Nordsee- und Ostseehäfen für verdächtig. Alle von diesen Gegenden nach Brasilien abgehenden Schiffe müssen Ilha Grande der Quarantäne wegen anlaufen.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 21. Dezember. In einer der letzten Sitzungen des nunmehr geschlossenen Landtags wurde über verschiedene Aenderungen der mecklenburgischen Militärkonvention mit Preußen, namentlich um die Uebertragung des bisherigen mecklenburgischen Generalauditoriats auf einen preußischen Beamten, verhandelt. An der Vorlage hatten die Stände Folgendes auszusetzen. Das Begnadigungsrecht des Großherzogs dürfte nicht von dem Einvernehmen mit dem preußischen Generalauditeur abhängig gemacht werden. Dem mecklenburgischen Auditeur müsse, zumal da dieser der Disziplinargewalt des preußischen General-Auditeurs unterstellt werden solle, der Rücktritt in den mecklenburgischen Zivildienst unter Wahrung seiner Anciennität offen gehalten werden. Ein Vorbereitungsdienst des anzustellenden Auditeurs bei dem preußischen General-Auditeur, nach dessen Beendigung der letztere sein Urtheil über die Fähigkeiten des ersteren abzugeben hat, wird widerrathen, da hierzu ein mecklenburgischer Jurist, welcher die zweite juristische Prüfung bestanden habe, sich niemals verstehen werde, und es doch wünschenswerth sei, daß ein mecklenburgischer Jurist das mecklenburgische Auditoriat verwalte. Endlich wurde noch beantragt, daß die mecklenburgische Gendarmerie künftig nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit, sondern der Zivilgerichtsbarkeit unterstellt werde. Wie sich die großherzogliche Regierung zu diesen Forderungen stellen wird, bleibt abzuwarten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 22. Dezember. Auch der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, hat den Chefredakteur des „Pester Lloyd", Max Falk, zu seiner heutigen Jubelfeier telegraphisch beglückwünscht.

Frankreich.

Paris, 21. Dezember. Die Boulangisten triumphiren, ihre Revanche übersteigt bereits ihre kühnsten Hoffnungen. Der Generalprokurator Quesnay de Beaurepaire, der seiner Zeit die gerichtliche Verfolgung des Generals Boulanger und Henri Rocheforts geleitet hatte, ist gestürzt, Herr Rouvier, der als Konseil-Präsident den General aus dem Ministerium entfernt hatte, der Senator Thevenet, der als Justizminister die Bildung des Staatsgerichtshofes zur Aburtheilung Boulangers und Rocheforts unterzeichnet hatte, der Deputirte Emanuel Arene, der als Referent die Autorisation zur gerichtlichen Verfolgung Boulangers beantragt hatte, sind heute ihrerseits der Staatsanwaltschaft überliefert, und der Deputirte Josef Reinach, der als Chef-Redakteur der „Republique Francaise" den ganzen Feldzug gegen Boulanger und den Boulangismus geleitet hatte, ist heute als Privatmann aufs schwerste betroffen und als Politiker vernichtet. Und die ganze opportunistische Partei, welcher seit 21 Jahren Frankreich regiert hat, ist durch diese Katastrophe in einer Weise betroffen, daß dieselbe voraussichtlich nach den nächsten Wahlen aufgehört haben wird zu existiren. Aber keine einzige der verschiedenen politischen Parteien, welche in der Kammer vertreten sind, wird aus der schmutzigen Geschichte rein hervorgehen, es ist deshalb gar nicht abzusehen, welcher Partei es gelingen könnte, die Nachfolgerschaft der Opportunisten zu erwerben. Der jetzt hier herrschende Wirrwarr ist unbeschreiblich, und es ist Niemand da, der im Stande wäre, diesen gordischen Knoten zu durchhauen. Die Persönlichkeit des Staatschefs steht zwar noch unangetastet da, aber Herr Carnot ist so sehr mit der opportunistischen Partei verbunden, daß die über dieselbe hereingebrochene Katastrophe auch seine Stellung vermindern und schwächen muß. Vielfach wird heute behauptet, es bleibe der Deputirtenkammer nichts anderes übrig, als selbst auf ihre Auflösung zu dringen, da sie das Vertrauen des Landes verloren habe und deshalb nicht weiter Gesetze machen könne. Aber Neuwahlen unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei der augenblicklich im ganzen Lande herrschenden Stimmung könnten sehr wohl eine kompakte antirepublikanische Majorität zu Wege bringen, und die Republikaner werden sich wohl hüten, sich einer solchen Eventualität auszusetzen. Man muß daher erwarten, daß die republikanische Regierung sich der Auflösung widersetzen wird, so lange der Panamaskandal nicht sein Ende erreicht hat.

Paris, 22. Dezember. (W. T. B.) Panama-Untersuchungs-Kommission. Das von Andrieux in photographischer Abbildung vorgelegte Schriftstück enthielt eine Bemerkung, wonach der mit dem Namen Aigouin quittirte Check über 20,000 Frks. für Floquet bestimmt gewesen sei, und ferner Angaben über Checks im Betrage von 80,000 Frks. Die Empfänger derselben seien vier Deputirte gewesen, darunter eine sehr einflußreiche Persönlichkeit, deren Namen er jedoch nur vor dem Untersuchungsrichter nennen wolle.

Andrieux erklärte bei seiner Vernehmung noch, Cottu hätte ihm eine Mittheilung Reinachs wiedergegeben, wonach Floquet für Zwecke des politischen Parteikampfes 750,000 Frks. verlangt habe. Cottu hätte Floquet selbst sprechen wollen, habe aber nur mit Clemenceau als dessen Stellvertreter in Verbindung treten können. Clemenceau hätte Cottu gegenüber geäußert, daß den Bestrebungen des Gouverneurs des „Credit foncier", Christophle, welcher gegen das Panamakanal-Unternehmen arbeite, erfolgreich entgegengewirkt werden könne. Cottu habe hierauf, durch diese Mittheilung beunruhigt, eingewilligt, die verlangten 750,000 Frks. zu zahlen. Andrieux theilte weiter mit, Cottu habe hinzugefügt, daß die für den Empfang dieses Betrages ausgestellte Quittung den Vermerk „Für Veröffentlichungszwecke" getragen. Cottu, welcher sich später mit Reinach erzürnt habe, hätte von dem Letzteren die Wiedererstattung des Betrages gefordert. Darauf sei der völlige Bruch der Beziehungen erfolgt.

Paris, 22. Dezember. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer hat dem Gesetzentwurf betreffend die Gewährung des Rechts der meistbegünstigten Nation an die Schweiz zugestimmt. Darauf begann die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Herabsetzung gewisser Zolltarifsätze zu Gunsten der Schweiz. Jules Roche befürwortete die Annahmd des Entwurfs, dessen Ablehnung die Auslieferung des schweizerischen Absatzgebietes an die Konkurrenten Frankreichs zur Folge haben würde. Die Weiterberathung wurde hierauf auf morgen vertagt.

Paris, 22. Dezember. Die Handelsübereinkommen mit den Vereinigten Staaten, Rumänien, Columbia, Uruguay, Paraguay und der argentinischen Republik wurden heute von der Kammer genehmigt. Weiter hat die Kammer dem Gesetzentwurf, betreffend die Gewährung des Rechts der meistbegünstigten Nation an die Schweiz, zugestimmt. Darauf begann die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Herabsetzung gewisser Zolltarifsätze zu Gunsten der Schweiz. Jules Roche befürwortete die Annahme des Entwurfs, dessen Ablehnung die Auslieferung des schweizerischen Absatzgebietes an die Konkurrenten Frankreichs zur Folge haben würde. Die Weiterberathung wurde hierauf auf morgen vertagt.

Havre, 22. Dezember. (W. T. B.) Im hiesigen Hafen haben 3000 Arbeiter wegen verweigerter Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt. Die Ruhe ist nicht gestört, jedoch ist nahezu der gesammte Handelsverkehr eingestellt.

Italien.

Die Befürchtungen, die in Rom wegen der Rückwirkungen der Angelegenheit der Zettelbanken auf die Regierung gehegt worden sind, haben sich — vorläufig wenigstens — als ungerechtfertigt erwiesen. Die italienische äußerste Linke hätte Italien gern auch mit einer Art Panamaskandal beglückt, und diesen Zweck hatte der auf die Einsetzung einer parlamentarischen Enquete gestellte Antrag. Die Sache ist nun beseitigt, und die Regierung ist aus der Verhandlung über den Antrag auf Berufung einer solchen Enquete siegreich hervorgegangen. Wenn sich indeß auch Crispi gegen eine Enquete ausgesprochen hatte, so darf man dies nicht als eine Unterstützung der Regierung auffassen. Vielmehr geht aus den aus Rom gemeldeten Berichten hervor, daß Crispi eifriger denn je dem Ziele zustrebt, wieder an die Spitze der Regierung zu gelangen, und wenn er gegen eine Enquete auftrat, so geschah dies, weil er das Schicksal dieses Antrages voraussah, weil es ihm ferner nicht willkommen sein konnte, daß sich in der italienischen Kammer ein ähnlicher Skandal wie in der französischen entwickelte und weil er sich endlich für die Zukunft möglich erhalten wollte.

Rom, 20. Dezember. Als Anhang zum Voranschlag des auswärtigen Amtes hat die Regierung den Kolonialetat vorgelegt, der aber nur die Kosten der Zivilverwaltung aufweist und daher mit dem geringen Fehlbetrage von 670,000 Lire abschließt, der durch einen Zuschuß aus der Staatskasse gedeckt wird. Die Ausgaben belaufen sich auf 1,951,750 Lire, wovon 327,900 Lire auf Gehälter, 201,500 Lire auf den Polizeidienst, 412,000 Lire auf andere Dienstzweige, 152,880 Lire auf öffentliche Bauten, 100,000 Lire auf Anbauversuche, 405,010 Lire auf Drahtung, 146,400 Lire auf die Residenzen und Stationen in Aethiopien, Sansibar, den Somaliländern, 173,000 Lire auf die Zahlungen und Geschenke an die Notabeln entfallen. Das Einnahmebudget wird gebildet durch den Ertrag der Zölle und Hafengebühren (840,000 Lire), die Post- und Drahteinnahmen (102,000 Lire), die Geschäfts- und andere Steuern (109,750 Lire), die Tribute (180,000 Lire) und sonstige Einnahmen (90,000 Lire), im ganzen 1,281,750 Lire. Die Gesammtkosten der Massowah-Kolonie belaufen sich natürlich weit höher. Denn es sind denselben die in besonderen Kapiteln der Militär- und Marineetats eingeschriebenen Kosten für die Besatzung, die Transporte u. s. w. nebst den Ausgaben für abkommandirte Beamte anderer Ministerien hinzuzurechnen. Die Militärkosten belaufen sich auf 7,179,900 Lire, die der Marine auf 530,160 Lire, die übrigen auf 300,000 Lire. Alles in allem kostet demnach der Afrikabesitz die italienischen Steuerzahler rund 8½ Millionen Lire, und zwar nach dem herabgesetzten Voranschlage für das laufende Etatsjahr 1892—93, während im abgelaufenen Jahre 13½ Millionen verausgabt wurden.

Wie zu erwarten gewesen, erregt die Gesetzvorlage des Justizministers, durch welche die Vollziehung der kirchlichen Trauung vor der bürgerlichen Eheschließung untersagt werden soll, den maßlosen Zorn der klerikalen Presse. Ihr verschlägt es nichts, daß die den religiösen und kirchlichen Interessen nicht im mindesten zu nahe tretende, lediglich auf Beseitigung unerträglicher bürgerlicher Mißstände und Gefahren abzielende Bestimmung in anderen Ländern längst in Geltung und durch die Kirche anerkannt ist. Ihr ist es gleichgültig, daß der bisherige Zustand zahllose unwissende und allzu vertrauensvolle Frauen in die Gefahr brachte, vor dem Gesetz Zuhälterinnen zu bleiben, daß er gewissenlose Männer geradezu verführte, ihre nur kirchlich angetrauten Gattinnen straflos zu verlassen und die Zahl der unehelichen Kinder zu vermehren, daß in Verbindung mit den Bestimmungen über die Vermögensanforderungen an eheschließende Offiziere der Priester seine Hand zur Schaffung einer Unzahl illegitimer und peinlicher Verhältnisse im Offizierstande bieten durfte. Die Gelegenheit ist da, um neuerdings gegen die Eingriffe des italienischen Staats in die „Rechte der Kirche" und das „Gewissen der Gläubigen" zu donnern. Der vatikanische „Osservatore Romano" will gar nicht abwarten, bis er die Vorlage vor Augen habe: „Schon jetzt darf man einen lebhaften Protest erheben. Denn das Gesetz will aus dem Sakrament ein strafbares Vergehen machen, das Gewissen der Italiener vergewaltigen — im Widerspruche zur Religion, zur Vernunft und den bürgerlichen Gewohnheiten." Das alles, weil das Gesetz, ohne den Brautleuten bezüglich der kirchlichen Trauung irgend etwas vorzuschreiben, verlangen wird, daß sie vor ihr auf dem Standesamte ihren Ehevertrag abschließen!

Rom, 22. Dezember. (W. T. B.) Wie verlautet, würde unter den im nächsten Konsistorium zu ernennenden fünfzehn Kardinälen auch der Jesuit Steinhuber, Theologe aus der apostolischen Pönitentiarie in Rom, sein. Demselben sei seine bevorstehende Ernennung bereits mitgetheilt worden.

Rom, 22. Dezember. (W. T. B.) Die Kammer nahm heute in namentlicher Abstimmung die Inartikulirung des königlichen Dekretes betreffend die Zuckersteuer und die Reissteuer mit 218 gegen 49 Stimmen an. Der Antrag Colombo's (Rechte) betreffend die Aufhebung des Dekrets war verworfen worden. Ferner wurde die Verlängerung des Budgetprovisoriums angenommen. Schließlich vertagte sich die Kammer bis zum 25. Januar 1893.

Großbritannien und Irland.

London, 22. Dezember. (W. T. B.) Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Buenos-Ayres

gemeldet, heute hätte daselbst ein Ministerrath stattgefunden, in welchem die Beziehungen zwischen Argentinien und Chile den Gegenstand der Berathung gebildet hätten. Demselben hätten außer den Ministern die Generale Roca, Mitre und Pellegrini, sowie der neu ernannte argentinische Gesandte in Chile beigewohnt. Die Blätter widmeten dieser außerordentlichen Sitzung des Ministerrathes lebhafte Besprechungen.

Rußland.

Ueber die Deportation nach Sibirien sind in jüngster Zeit von der statistischen Abtheilung der Kaiserlichen Geographischen Gesellschaft zu St. Petersburg interessante Erhebungen angestellt worden. In der letzten Sitzung der erwähnten statistischen Sektion hat nun M. Fadrinzew ein Gesammtbild der bisher erbrachten Daten entworfen. Dieselben gehen allerdings nur bis zum Jahre 1807 zurück und reichen bis zum Jahre 1882, umfassen also nur einen Zeitraum von 75 Jahren, dennoch kann man sich auf Grund dieser Angaben ein annäherndes Bild von dem Umfange und der Bedeutung dieser Maßregel und der Rolle, welche derselben im russischen Staatsleben zufällt, machen. Der erste Beginn der Deportation datirt bekanntlich seit Anfang des 16. Jahrhunderts. Ueber die ersten drei Jahrhunderte fehlt indessen jede authentische Angabe, sei es statistischer oder sonst welcher Art. Der erste Versuch einer wissenschaftlichen Bearbeitung des vorhandenen Materials wurde erst in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts von Anutschin, Sekretär des Deportationsamts zu Tobolsk, gemacht, seine Arbeiten umfassen jedoch nur den Zeitabschnitt von 1823—1846. In unserem Jahrhundert zeigt die Zahl der Verbannten eine von Jahr zu Jahr steigende Zunahme, die erst im Jahre 1876 anscheinend ihren Höhepunkt erreicht hat. In den Jahren 1807 bis 1813 hatte man 2000 Verbannte pro Jahr, in den Jahren 1814—1847 waren es schon 3000 bis 8000; in den Jahren 1853—1863 steigt die Durchschnittsziffer bis auf 10,000. In den siebziger Jahren stieg die Zahl der Verbannten bis auf 19,000 (1876); das Jahr 1882 hatte nur noch 16,000 Verbannte aufzuweisen. Unter den verschiedenen Kategorien der Verbannten bilden die „auf administrativem Wege Verschickten" den größten Prozentsatz; während des Jahrzehnts 1866—1876 bildeten dieselben z. B. mehr als 51 Proz. aller nach Sibirien Verbannten. Allerdings deckt sich, wie hier hinzugefügt sein mag, der Ausdruck „Administrative Verschickung" keineswegs mit dem Begriff „politischer Vergehen"; es gehören zu den administrativ Verschickten auch diejenigen Personen, welche durch Gemeindebeschluß als liederliche, arbeitsscheue oder der Trunksucht ergebene Menschen bezeichnet werden. Durch diese Einrichtung ist es den Dorf- und Stadtgemeinden in die Hand gegeben, die ihnen lästigen Mitglieder auszustoßen und der Regierung aufzuhalsen, die sie dann ohne Weiteres nach Sibirien als „administrativ Verschickte" schafft. — Was das Geschlecht anbetrifft, so ist selbstverständlich das männliche bedeutend im Uebergewicht. Unter den 503,000 Verbannten, welche in dem Zeitraum von 1823—1880 den Weg nach Sibirien angetreten haben, befanden sich nur 56,900 Frauen. Indessen fehlt es keineswegs an Personen, welche freiwillig, d. h. aus eigenem Wunsche sich den Verschickten anschließen, und man wird gewiß nicht ohne Staunen erfahren, daß die Zahl dieser „freiwillig folgenden" in letzter Zeit fast ein Drittheil der Gesammtzahl der Verbannten ausmacht. Unter diesen „Freiwilligen" überwiegt nun der Prozentsatz der Frauen denjenigen der Männer ganz bedeutend. So zählte man unter den Freiwilligen des Jahres 1876: 13 Männer und an 2000 Frauen. Meist sind es aber die Kinder, welche ihren Eltern nach Sibirien folgen. Neuerdings will die Regierung den Gatten zur Verbannung Verurtheilter die Ehescheidung in jeder Weise erleichtern; sie hofft dadurch wohl, vielleicht ohne daß ihr der Erfolg Recht giebt, eine Verminderung der „Freiwilligen", die ihr vielfach eine Last sind, zu erzielen.

Petersburg, 20. Dezember. Für den Bau der sibirischen Eisenbahnen sind für das Jahr 1893 39 Millionen Rubel bestimmt und sollen später erforderliche Summen seiner Zeit bewilligt werden.

Von englischen Blättern war der Wortlaut einer russischen Note an die Pforte veröffentlicht worden, in welcher für die während des Krieges erlittenen Verluste der russischen Unterthanen von der Türkei Ersatz verlangt wird. Von hiesiger gut unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß eine solche Note weder abgesandt worden sei noch überhaupt existire. (Jedenfalls hat sich die russische Regierung merkwürdig lange Zeit mit der Ableugnung gelassen. Der Meldung, daß Botschafter Nelidow die Zahlung der rückständigen Summen von der Pforte verlangte, wird nicht widersprochen, diese ist seiner Zeit offiziell von Konstantinopel aus verbreitet worden. Bei der abgeleugneten Note dürfte es sich auch nur um ein Spiel mit diplomatischen Ausdrücken handeln. Nelidow hat der Pforte wahrscheinlich keine formelle Note übergeben, sondern er hat von dem ihm ertheilten Auftrage des Petersburger Auswärtigen Amtes dem Großvezier eine Abschrift zurückgelassen. Diese Abschrift dürfte es sein, die von der „Times" veröffentlicht wurde. Ob man die Mahnung als Note bezeichnet oder nicht, ist für die Beurtheilung der Thatsache schließlich ganz gleichgültig. Red.)

Petersburg, 22. Dezember. (B. T. B.) Der „Börsenzeitung" zufolge soll die Erhöhung der Steuer auf Sandzucker erst mit dem 1. September 1894 in Kraft treten und die gegenwärtige Zuschlagsteuer auf Raffinade bis dahin bestehen bleiben. Per 1894 und 1895 abgeschlossene Zuckerlieferungs-Geschäfte sollen demnach entweder annullirt oder der Zahlung der Steuerdifferenz unterworfen werden. Jedenfalls werde die veränderte Steuer anderthalb Jahr vor Eintritt der der neuen Zucker-Produktions-Kampagne veröffentlicht werden.

Bulgarien.

Während angesichts des Lärms der russischen Blätter wegen der beiden in Italien bestellten bulgarischen Schiffe von Sofia aus die Bestellung dieser zwei Kriegsschiffe in Abrede gestellt worden ist, wird nun in einem Konstantinopeler Briefe der „Pol. Korr." zugegeben, daß es sich zwar nicht um zwei Kriegsschiffe, aber um zwei Torpedoboote handle, die in Livorno bestellt worden sind. Hinzugefügt wird, es sei unrichtig, daß die Pforte wegen dieser beiden Schiffe von der bulgarischen Regierung Aufklärung verlangt habe, weshalb auch der bulgarische Agent bei der Pforte, Hr. Dimitrow, keinen Anlaß gehabt habe, von der türkischen Regierung die Durchlassung der Boote durch die Meerengen zu verlangen, zumal diese Torpedoboote noch lange nicht fertiggestellt seien. Gleichzeitig theilt der Bericht mit, daß die bulgarische Donau Flottille aus einer Radyacht, drei Dampfern, sieben Dampfbooten, einem Transportfahrzeug, zwei Torpedo-Barkassen mit dreißig Offizieren und Beamten und 300 Mann bestehe.

Nun, vor einer solchen Flotte wird Rußland, das im schwarzen Meere bereits eine große Kriegsflotte besitzt, wohl schwerlich besondere Furcht empfinden.

Türkei.

Nach einer der „Pol. Korr." aus Konstantinopel zugehenden Meldung ist die Ministerial-Verordnung, nach welcher alle in türkischen Diensten stehenden fremden Staatsangehörigen bezüglich der Vergehen, die sie sich in ihren Dienstobliegenheiten zu Schulden kommen lassen, der türkischen Gerichtsbarkeit unterstehen sollen, durch kaiserliche Irade bestätigt worden. Eine derartige Klausel soll von nun an bei allen neuen Kontraktschlüssen in die betreffenden Schriftstücke aufgenommen werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Dezember.

* Heute fand eine Versteigerung von Baustellen auf ehemaligem Festungsterrain statt und gaben ein Meistgebot ab die Herren Kaufm. J. Simonsohn mit 29,70 M. pro Qumtr. für die im Bauviertel IX an der König-Albertstr belegene Parzelle 4 von 1364 Quadratmetern, Rentier Paul Fränkel mit 33,80 Mark auf die 1656 Quadratmeter große Parzelle 3 im Bauviertel XVIII an der Friedrich-Karlstraße und Bauunternehmer Mierke auf die benachbarte Parzelle 4 von 1210 Quadratmetern mit 39,70 Mark, sowie mit 31,50 Mark für die 1215 Quadratmeter große Parzelle 7 im Bauviertel XVIII an der Kantstraße.

— Der Stettiner Handwerkerverein veranstaltet am zweiten Weihnachtstage im großen Saale des Konzerthauses eine Matinee, deren instrumentalen Theil die Pionierkapelle unter Leitung des Herrn A. Bluhm ausführen wird. Außerdem werden seitens des Sängerchors des Vereins unter Leitung seines Dirigenten Herrn A. Hart der Bedeutung des Festes entsprechende Männerchöre zum Vortrage gelangen.

— Auch unsere Theater haben Vorbereitungen getroffen, um dem Publikum während der Festtage durch außerordentliche Vorstellungen zu überraschen. Das Stadttheater bringt am 1. Festtag Abend Wildenbruchs „Der neue Herr" in sorgfältiger Vorbreitung und neuer Ausstattung, während am 2. Festtage Neßlers Oper „Der Rattenfänger von Hameln" in Scene geht. — Das Bellevuetheater bringt an beiden Festtagen Novitäten, am Sonntag das Volksstück „Lolo's Vater" mit Herrn Direktor Schirmer und Fräulein Kaps in den Hauptrollen und am 2. Festtag „Miß Helyett".

— Herr Pastor Wellmer von der hiesigen St. Gertrud-Kirche ist zum Pastor prim. der St. Marienkirche in Stolp gewählt.

— Der neue Rathskeller hat bereits heute seinen Weihnachtsschmuck angelegt und wird derselbe sicher auch in diesem Jahre bei Alt und Jung Interesse erregen. Wir kommen morgen noch näher auf die Ausschmückung zurück.

* Heute Vormittag wurde in einem hiesigen Hotel der Handlungslehrling Siebel verhaftet, welcher aus Barmen nach Unterschlagung einer Summe von 850 Mark flüchtig geworden war.

* Interessenten machen wir darauf aufmerksam, daß am ersten Weihnachtsfeiertag für den Handel mit Blumen die Zeit von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags seitens des Herrn Polizeipräsidenten freigegeben ist, mit Ausschluß der für den Gottesdienst festgesetzten Zeiten. Am Neujahrstage dürfen Blumenläden bis 6 Uhr Abends offen gehalten werden.

* Am 20. d. M. wurden aus dem Sitzkasten eines Milchwagens in der Elisabethstraße Kleidungsstücke und Wäsche, sowie einem Restaurateur in der kl. Wollweberstraße ein Faß Bier vom Flur gestohlen, ferner wurde vorgestern in der Frauenstraße von einem Wagen ein Korb mit Eßwaaren entwendet.

* Im Keller des Hauses Rosengarten 1 verübten in der Nacht zum 20. d. M. Diebe einen Einbruch und eigneten sich mehrere Flaschen Branntwein und Champagner, einem Restaurateur gehörig, an.

Aus den Provinzen.

♂ **Bütow**, 21. Dezember. Verunglückt bei dem Graben eines Gemeindebrunnens in Klein-Rossin sind am 20. d. M. der Brunnenmacher Kiewert aus Bütow und der Zimmermann Ruch aus Klein-Rossin. Kiewert hinterläßt eine Frau mit 6 und Ruch eine solche mit 3 Kindern.

Vermischte Nachrichten.

— Bei der Lotterie der Möbelausstellung ist der erste Hauptgewinn einer Steglitzer Wittwe zugefallen. Die folgenden 19 Hauptgewinne sind der Reihe nach mit folgenden Loosnummern gezogen worden: Nr. 7367, 117,641, 109,399, 188,580, 92,554, 178,745, 67,891, 48,886, 27,551, 196,658, 65,224, 176,469, 101,137, 115,942, 12,235, 104,302, 180,534, 59,658, 45,339. Die bis zum 15. Februar nicht abgehobenen Gewinne verfallen.

— Das Reklamewesen treibt in Berlin merkwürdige Blüthen. Den Amerikanern und ihrem findigen Barnum steht man auf dem bezeichneten Gebiete nicht mehr nach. Das Allerneueste ist ein sehr festlich geputzter Wagen mit großen Glasscheiben, hinter welchen Herrenbekleidungsstücke hängen. Auf dem Deck dieses Gefährtes ruhen in wohl modellirten Figuren zwei Angehörige der edlen Schneiderzunft, von denen der eine Maß nimmt, der andere aber näht. Große Inschriften an den Wandungen des Wagens besagen, daß die betreffende Firma das Glorreichste, Gediegenste, Billigste und Erstaunlichste an Herrenbekleidungsstücken liefert. Das mit Schellen behangene Pferd schreitet langsam dahin, würdevoll sitzt der Kutscher auf dem Bock, die Schellen bimmeln, und die Menschen sehen staunend auf den Triumphwagen der Bekleidungskunst hin.

— Der „Arizona Kicker" hat wieder einmal eine duftige Blüthe gezeitigt. „Aufgepaßt!" — schreibt er — „da jetzt die Wahlen vorüber sind, beginnen einige Laffen wieder davon zu reden, daß Arizona zu einem Staat gemacht werden soll. Zu uns schickten diese Cranks einen Agenten, dessen Mundwerk in Wahrheit erstaunlich war. Man versprach uns den Platz eines Staats-Senators, wenn wir zu Gunsten des verrückten Planes herauskämen. Wir sagten dem ordinären Kerle aber, daß wir gar nicht nach Washington gehen wollten, unsere guten Sitten dort verderben zu lassen, sondern daß wir schlecht und recht als Redakteur und Mayor weiter zu vegetiren entschlossen wären. Die sogenannte moderne Kultur hat Montana und Idaho schon genug verwüstet. In Montana können die kleinen Viehzüchter gegen das von oben her geschützte Monopol der großen Banditen nicht mehr aufkommen. In Idaho kann nicht einmal mehr das Goldsuchen wie in den alten Zeiten geübt werden. Wenn ein armer Kerl in die Berge geht, um sein Glück zu machen, so folgen ihm zwei bis drei, manchmal sogar vier Detektives. Nur eine Hand voll Goldkörner braucht er in irgend einem Flußbett zu finden, so fallen sie auf ihn wie Aasgeier. Im günstigsten Falle nehmen sie ihm seinen Claim (etwa: Erlaubniß- oder Gewerbeschein). Würde unser geliebtes Arizona zum Staate gemacht, so wäre das erste, daß männliche Vertheidigung gegen das Apachengesindel aufhörte. Schösse man einem Indianer ein Loch in den Magen, so würden gleich die Bundestruppen gerufen werden. Ja, man würde vielleicht als gemeiner Mörder vor Gericht gestellt. Alles dies ist miserabler Humbug und paßt nicht in unsere patriarchalischen Verhältnisse. Was sollte aus Amerika werden, wenn das letzte Fleckchen verschwände, auf dem das alte Grenzerleben noch gedeihen kann? Gebt uns Antwort, Ihr weisen Herren in Washington."

— In Warschau ist vor Kurzem der Schulrath a. D. Peter Dimitriew Ssolomin gestorben. Ueber den Lebenslauf des Verstorbenen wird aus zuverlässiger Quelle Folgendes berichtet: Der verstorbene Unterrichtsminister, Graf Adlersberg, besaß einen Koch, ein altes Inventar und Erbstück der gräflichen Familie, mit dessen Leistungen er im Allgemeinen recht zufrieden war, bis er allmälig die Wahrnehmung machte, daß jener mit den Fortschritten der kulinarischen Kunst nicht gleichen Schritt halte. Eines Tages beauftragte daher der Kultusminister seinen Sektionschef, den Koch Ssolomin in einer passenden Stellung unterzubringen. Die Weisung wurde befolgt, und der Chef des Unterrichtswesens unterzeichnete die betreffende Ernennung, ohne sie überhaupt durchzulesen. Wie erstaunt war er aber, als er nach einiger Zeit der polnischen Hauptstadt einen Inspektionsbesuch abstattete und ihm unter den Spitzen der Behörden, die ihn am Bahnhofe empfingen, in der goldstrotzenden Uniform eines Inspektors des Warschauer Schulbezirks Niemand anders entgegentrat, als sein ehemaliger Koch Peter Dimitriew Ssolomin.

— Die Entdeckung einer Goldmine von fabelhaftem Reichthum ist einem Kaufmann, Namens Arthur O. Corna in Altair, einem Städtchen im westlichen Theile des Staates Sonora in Mexiko, auf folgende merkwürdige Weise geglückt: Vor kurzer Zeit kaufte er von einem Indianer ein Stück Quartz, das mehr als sechs Pfund reines Gold enthielt. Wenige Tage später erschien der Indianer wiederum mit einem von Golde funkelnden Quartzstücke, welches ihm der Kaufmann für 20 Dollar abkaufte. Für 30 Dollar erklärte sich der Eingeborene schließlich bereit, den Fundort anzugeben, weigerte sich jedoch, den Kaufmann dahin zu begleiten, einer alten Sage wegen, derzufolge ein Eingeborener, der einem Mexikaner eine Goldmine zeigte, innerhalb zwölf Tagen unfehlbar sterben würde. Die von Corna so entdeckte, und von ihm „Feedorena" genannte, überaus reiche Goldmine weist deutliche Anzeichen auf, daß sie vor langen Zeiten im Betrieb gewesen ist und man nimmt an, daß es eine der Minen ist, welcher die Azteken Jahrhunderte zurück ihren Reichthum zu danken hatten. Eine Ausbeute der wieder aufgefundenen Goldmine im größten Maßstabe ist in Vorbereitung.

— Aus Washington wird geschrieben: Die Beamten des Schatzamts haben jahraus, jahrein ihre liebe Noth mit den zudringlichen Amtsjägern. Vor einiger Zeit ließ sich ein Amtsjäger so weit hinreißen, daß er drohte, dem Privatsekretär des Finanzsekretär Foster mit einem Briefbeschwerer den Schädel einzuschlagen, weil der Privatsekretär das Anstellungsgesuch des Mannes nicht so prompt befördern wollte, wie der Bittsteller es verlangte. Eine noch unangenehmere Erfahrung mit einer Amtsjägerin machte aber der Clerk (Sekretär) für Ernennungen im Schatzamte. Vor einigen Wochen kam eine junge, vornehm gekleidete Dame zu ihm, die erklärte, sie sei gekommen, um eine Anstellung um jeden Preis zu erhalten, und sie werde nicht von der Stelle weichen, bis sie dieselbe erhalten habe. Der Clerk, General Mc. Cauley, sagte ihr, es sei zur Zeit keine Vakanz. Sie bemerkte darauf: „Dann schaffen Sie eine und entlassen Sie Jemanden!" „Das geht doch nicht so wie Sie denken," entgegnete der Clerk. „Dann werde ich hier bleiben und in Ihrem Bureau langsam Hungers sterben," erklärte die Bittstellerin mit großer Entschiedenheit. — „Mir soll's schon recht sein," erwiderte der General, „nehmen Sie Platz und hungern Sie sich so angenehm wie möglich zu Tode." Die Dame drängte sich hierauf nach dem Vorzimmer des Finanzsekretärs und eröffnete gegen die dort befindlichen Beamten ein kleines Bombardement von Tintenfässern, Bleistiften, Federhaltern u. s. w. Endlich kam sie wieder zum General Mc. Cauley zurück, den sie durch Küsse und zärtliche Umarmungen zu gewinnen suchte. Ihre Bemühungen wurden jedoch nicht belohnt, denn der General gab ihr mehrmals den früheren Bescheid und stellte ihr sogar eine einladende Ecke zur Verfügung, wo sie verhungern könne, ohne gestört zu werden. Seitdem kommt die Frau täglich um 9 Uhr Vormittags in das Schatzamt und bleibt zum großen Verdruß des Clerks bis um 4 Uhr Nachmittags, um welche Stunde das Bureau geschlossen wird. Sie hofft in Folge des bevorstehenden Wechsels in der Verwaltung doch noch die langersehnte Anstellung an der großen Futterkrippe des Onkel Sam zu erlangen und hat sich fest vorgenommen, bis zum Regierungsantritte Clevelands ihre ganze freie Zeit im Schatzamte zu verbringen.

Posen, 22. Dezember. Das heute früh auf dem „Kernwerk" ausgebrochene Feuer wurde nach mehrstündigen Bemühungen der hiesigen Feuerwehr gelöscht. Das Feuer entstand in der Kantine des Kernwerks. Trotz der großen Gefahr gelang es, das Feuer von den angrenzenden Montirungskammern fern zu halten.

Karlsruhe, 22. Dezember. Beim hiesigen Grenadierregiment sind mehrere Soldaten an der Genickstarre gestorben. Ein Theil des Regiments wurde nach einem benachbarten Ort ausquartiert.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. Dezember. Wetter: Leichter Schneefall. Temperatur — 2° Reaumur, Nachts 5° Reaumur. Barometer 766 Millimeter. Wind: Nord.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko 140—148 bez., per Dezember 148,50 B. u. G., per April-Mai 152,00 B., per Mai-Juni 153,50 B.

Roggen wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 120,00—127,00 bez., per Dezember 129,50 nom., per April-Mai 132,00 B. u. G., per Mai-Juni 133,50 bez. u. B., per Juni-Juli 134,50 B., 134,00 G.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 127—135.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus etwas fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 30,1 G., per Dezember 70er 29,4 nom., per April-Mai 70er 31,1 B. u. G., per Mai-Juni 70er 31,5 B. u. G.

Petroleum ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 148,50, Roggen 129,50 70er Spiritus 29,4, Rüböl —,—.

Berlin, 23. Dezember **Weizen** per Dezember 151,75 bis 151,25 Mark, per April-Mai 152,50 Mark per Mai-Juni 154,25 Mark.

Roggen per Dezember 135,25 bis 135,00 Mark, per April-Mai 135,00 Mark, per Mai-Juni 136,00 Mark.

Rüböl per Dezember 50,10 Mark, per April-Mai 50,20 Mark.

Spiritus loko 70er 31,40 Mark, per Dezember 70er 30,50 Mark, per April-Mai 70er 31,80 Mark, per August-September 70er 33,60 Mark.

Hafer per Dezember 143,65 Mark, per April-Mai 139,25 Mark.

Petroleum per Dezember 22,00 Mark.

London. Wetter: kalt.

Berlin, 23. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,80	London kurz	—,—
do. do. 3½%	100,[illegible]	London lang	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	86,90	Amsterdam kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,30	Paris kurz	—,—
Italienische Rente	92,00	Belgien kurz	—,—
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,30	Bredow. Cement-Fabr.	89,25
Ungar. Goldrente	95,80	Neue Dampf.-Com. (Stettin)	76,50
Rumän. 1881er amort. Rente	96,70	Stett. Chamotte-Fabr. Didier	203,60
Serbische 5% Rente	75,70	„Union", Fabrik chem. Produkte	122,50
Griechische 5% Goldrente	57,60	**Ultimo-Kourse**	
Russ. Boden-Credit 4½%	93,00	Disconto-Commandit	176,10
do. do. von 1880	96,60	Berliner Handels-Gesell.	13[illegible],75
Mexikan. 6% Goldrente	76,60	Oesterr. Credit	165,10
Oesterr. Banknoten	169,25	Dynamite-Trust	132,70
Russ. Banknot. Cassa	202,95	Bochumer Gußstahlfabrik	120,25
do. do. Ultimo	202,50	Laurahütte	94,80
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½%	104,50	Harpener	124,10
do. (110) 4%	101,50	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	166,50
do. (100) 4%	100,75	Dortm. Union St.-Pr. [illegible]%	55,70
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,10	Ostpreuß. Südbahn	68,10
Stett. Vulc.-Akt. Litt. B.	108,00	Marienburg-Mlawkabahn	57,00
Stett. Vulc.-Priorität.	128,75	Mainzerbahn	169,70
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M	—,—	Norddeutscher Lloyd	92,10
do. 6 proz Priorität n	—,—	Lombarden	38,10
Petersburg kurz	201,25	Franzosen	—,—

Tendenz: schwach.

Paris, 22 Dezember, Nachmittags. (Schlußkourse) Weichend.

	Kours	vom 21.
3% amortisirb. Rente	99,00	99,27½
3% Rente	98,07½	98,40
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	93,27½	93,35
Oesterr. Goldrente	—,—	—,—
4% ungar. Goldrente	96,81	97,18
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	97,80	98,90
4% unifiz. Egypter	100,00	99,80
4% Spanier äußere Anleihe	64,00	64,37
Convert. Türken	21,72½	21,85
Türkische Loose	89,25	89,80
4% privil. Türk.-Obligationen	432,50	434,00
Franzosen	632,50	636,25
Lombarden	—,—	—,—
„ Prioritäten	—,—	—,—
Banque ottomane	590,00	592,00
„ de Paris	670,00	675,00
„ d'escompte	141,00	142,[illegible]0
Crédit foncier	1010,00	1027,00
„ mobilier	132,00	132,00
Meridional-Aktien	632,00	631,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
„ 5% Obligationen	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	407,50	408,10
Suezkanal-Aktien	2647,00	2653,00
Gaz Parisien	—,—	—,—
Credit Lyonnais	766,00	771,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	—,—
Transatlantique	—,—	—,—
B. de France	3875,00	3885,00
Ville de Paris de 1871	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	358,00	358,75
2¾ Cons. Angl.	—,—	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,12½	25,12½
Cheque auf London	25,14	25,14
Wechs. Amsterdam k.	206,00	206,00
„ Wien k.	207,00	207,12
„ Madrid k.	29,00	429,50
Comptoir d'Escompte neue	490,00	500,00
Robinson-Aktien	95,31	96,25
Neue Rente	—,—	—,—
Portugiesen	22,68	22,81
3% Russen	79,90	79,95

Hamburg, 22. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 77,25, per März 76,25, per Mai 75,00, per September 74,75. — Ruhig.

Hamburg, 22. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Dezember 14,17½, per Januar 14,17½, per März 14,37½, per Mai 14,57½. — Stetig.

Bremen, 22. Dezember. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,50 B. Baumwolle still.

Pest, 22. Dezember, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko besser, per Frühjahr 7,38 G., 7,40 B., per Herbst 7,52 G., 7,54 B. — Hafer per Frühjahr 5,46 G., 5,48 B. — Mais per Mai-Juni 1893 4,77 G., 4,79 B. — Kohlraps per August-September 11,40 G., 11,45 B. — Wetter: Nebel.

Amsterdam, 22. Dezember Java-Kaffee good ordinary 56,00.

Amsterdam, 22. Dezember, Nachmittags. Bancazinn 55,25

Amsterdam, 22. Dezember, Nachmittags. Weizen per März 169, per Mai 169. — Roggen per März 126, per Mai 123.

Antwerpen, 22. Dezember. Getreidemarkt. Weizen schwach. Roggen ¼ Frks. niedriger. Hafer träge. Gerste ruhig.

Antwerpen, 22. Dezember, Nachm. 2 Uhr. 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 12⅞ bez. u. B., per Dezember 12⅞ B., per Januar 13 B., per Januar-März 13⅛ B. — Ruhig.

Paris, 22. Dezember, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88 % loko 38,50 bis 38,75. — Weißer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 40,37½, per Januar 40,62½, per Januar-April 41,00, per März-Juni 41,62½.

Paris, 22. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Dezember 20,70, per Januar 20,90, per Januar-April 21,20, per März-Juni 21,60. — Roggen ruhig, per Dezember 13,40, per März-Juni 14,00. — Mehl beh., per Dezember 47,30, per Januar 47,40, per Januar-April 47,40, per März-Juni 47,50. — Rüböl ruhig, per Dezember 56,25, per Januar 56,75, per Januar-April 57,25, per März-Juni 58,00. — Spiritus ruhig, per Dezember 46,00, per Januar 46,00, per Januar-April 46,00, per Mai-August 46,25. — Wetter: Bedeckt.

London 22. Dezember. 96% Javazucker loko 16,62, ruhig. — Rüben-Rohzucker loko 14,12, ruhig. Centrifugalzucker —,—.

London, 22. Dezember. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Dichter Nebel.

London, 22. Dezember. Chili-Kupfer 46¹¹⁄₁₆, per 3 Monat 47³⁄₁₆.

Glasgow, 22. Dezember, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 6 d.

Newyork, 22. Dezember, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Januar —,—. Weizen per Mai 79,62.

Newyork, 22. Dezember. Wechsel auf London 4,85¾. — Petroleum in Newyork 5,45, in Philadelphia 5,40 rohes (Marke Parkes) 5,35. Pipe line certif per Januar — D. 52⅝ C. Mehl 2 D. 90 C. Rother Winterweizen loko — D. 77½ C. Rother Weizen per Dezember — D. 75½ C., per Januar — D. 75⅞ C., per Mai — D. 80⅜ C. Getreidefracht 3,00. Mais per Dezember 48⅝. Zucker 3. Schmalz [illegible] 10,57. Kaffee Rio Nr 7 16⅝. Kaffee per Januar ord. Rio Nr. 7 15,85. Kaffee per März ord. Rio Nr 7 15,45. Weizen (Anfangs-Kours) per Mai 79⅝.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 22. Dezember, Vorm 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Januar 4,47½, per Mai 4,57½, per November 4,72½. Käufer.

Bankwesen.

Paris, 22 Dezember. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1,704,456,000 Zunahme 3,748,000.
Baarvorrath in Silber Franks 1,275,713,000, Abnahme 111,000.
Portefeuille der Hauptbank und deren Filialen Franks 487,732,000, Abnahme 6,902,000.
Notenumlauf Franks 3,232,385,000, Abnahme 30,208,000.
Laufende Rechnung der Priv. Franks 388,636,000, Zunahme 26,451,000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 323,003,000, Zunahme 13,724,000.
Gesammt-Vorschüsse Franks 310,983,000, Zunahme 3,357,000.
Zins und Diskont-Erträgnisse Franks 9,241,000, Zunahme 264,000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 92,19 Prozent.

London, 22. Dezember. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 15,527,000, Abnahme 235,000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 25,492,000, Zunahme 46,000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 24,569,000, Abnahme 189,000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 25,0[illegible]5,000, Zunahme 1,663,000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 29,270,000, Zunahme 489,000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 4,757,000, Zunahme 1,022,000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 14,180,000, Abnahme 194,000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 11,256,000, unverändert.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven 45⅝ gegen 48⅛ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 149 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 29 Millionen.

Telegraphische Depeschen.

Fiume, 23. Dezember. Fürst Bismarck hat die Einladung der gräflichen Familie Hoyos, den Monat März auf ihrem Landsitz zu verleben, angenommen und wird gleichzeitig mit dem Grafen Herbert Bismarck nebst Gemahlin dort zu vierwöchentlichem Aufenthalt eintreffen. Die Villa Hoyos, welche der Fürst bewohnen soll, wird bereits jetzt prachtvoll hergerichtet und wird auch eine große Dampfbarkasse gebaut, die zu den Ausflügen des Fürsten nach Abbazzia dienen soll.

Amsterdam, 23. Dezember. Der Zirkusreiter Persino wurde während der Vorstellung von einem Zuschauer ermordet; der Mörder ist verhaftet.

Paris, 23. Dezember. Nach den jetzigen Beweisen gilt als feststehend, daß Aigoin Summen erhoben hat, welche nicht für ihn, sondern für Floquet gewesen. So wurden auch von Dupures für „Evenement" 25,000 Franks erhoben. Arton hat, wie bestimmt erwiesen, 1,350,000 Franks erhalten, wovon 104 Abgeordnete bestochen wurden, deren Namen von Andrieux später bekannt gemacht werden sollen. Floquet soll von vorgenannter Summe 280,000 Franks, allerdings zu Regierungszwecken, erhalten haben. Justizminister Bourgeois erklärte vor der Panamakommission, daß auch er wichtige Aufschlüsse zu machen habe. Er werde sich aber genau innerhalb der juristischen Grenzen bewegen.

Durch die erdrückenden Beweise, welche in der gestrigen Sitzung der Panama-Kommission zur Kenntniß gekommen, war die Handelswelt in größter Erregung und mußten sämmtliche Werthe an der Börse weiter stärker nachgeben.

Paris, 23. Dezember. Aufsehen erregte die gestrige Vernehmung des Abgeordneten Andrieux durch die Untersuchungs-Kommission, da diese Aussage sich auf unumstößliche Beweise stützte. Der Ex-Polizeipräfekt legte die Photographien sämmtlicher Checks-Abschnitte vor, auf denen die Unterschriften deutlich erkennbar. Es fehlen nur die Namen von vier Abgeordneten. Auf die Frage der Kommission, ob ihm auch die Namen dieser Herren bekannt sei, antwortete Andrieux: „Ja, ich kenne sie Alle, nur mag ich sie nicht nennen, um nicht ein Denunziant genannt zu werden. Auf die Frage des Richters dürfte ich die Namen nicht verschweigen." Da Andrieux offenbar noch mehr von der ganzen Sache weiß, so dürfte die Vernehmung vor dem Richter noch große Ueberraschungen bereiten. Andrieux theilte unter Anderem mit, daß die Artikel, welche in Drumonts „Libre Parole" am meisten neuerdings Aufsehen erregt hätten, von Reinach selbst geliefert waren, um dadurch die Aufmerksamkeit von sich abzulenken. Den Artikel im „Cocarde" hat Constans geliefert. Andrieux erinnert sich ferner, von Cottu gehört zu haben, Floquet habe einst von Reinach 750,000 Franks und zwar sofort verlangt; Reinach habe soviel nicht geben wollen, worauf Floquet mit 300,000 zufrieden gewesen.